

FREIBERUFLER-TICKER vom 27. April 2018

1. Freiberufler sorgen für Plus bei Existenzgründungen

Im vergangenen Jahr haben in Deutschland nach amtlichen Angaben wieder mehr Personen den Weg in die Selbstständigkeit gewagt als im Vorjahr. Das Plus beträgt 0,8 Prozent. Diese [Daten](#) hat das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn zusammengetragen und am 23. April 2018 präsentiert. Dieser Anstieg ging allerdings allein auf die Freien Berufe zurück: So stieg die Anzahl der freiberuflichen Existenzgründungen um 5.900 auf 94.700 Personen. Dagegen sank die Anzahl der gewerblichen Gründungen weiter leicht um 1,2 Prozent auf 279.000. Damit setzt sich der gegensätzliche Trend zwischen den Gründungen im gewerblichen Bereich und den freiberuflichen Gründungen weiter fort.

2. Nationales Reformprogramm gebilligt

Viel Licht, wenig Schatten – aber große Herausforderungen. So lässt sich in einem Satz das nationale [Reformprogramm 2018](#) zusammenfassen, welches im Rahmen des aktuellen [Europäischen Semesters](#) am 24. April 2018 vom Bundeskabinett verabschiedet wurde. Dabei werden als Herausforderungen nicht zuletzt die Digitalisierung und der fortschreitende demografische Wandel identifiziert. Die Bundesregierung sieht sich ungebrochen dem Ziel verpflichtet, die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und der Europäischen Union weiter zu steigern, um mehr Beschäftigung zu ermöglichen und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Dies betrifft grundsätzlich auch den freiberuflichen Dienstleistungsbereich (vgl. S. 20 f.). Die Bundesregierung werde daher beispielsweise die Mitteilung der Europäischen Kommission über Reformempfehlungen für die Berufsreglementierung [COM(2016) 820 final] zum Anlass nehmen, die darin angesprochenen Freien Berufe in Deutschland nochmals zu prüfen. Die Bundesregierung stellt jedoch auch klar, dass bestimmte Regulierungen, wie Vorbehaltsaufgaben und Kapitalbindungsvorschriften, für die hohe Qualität und Unabhängigkeit von elementarer Bedeutung sind. In diesem Zusammenhang bekräftigt die Bundesregierung auch ihre positive Haltung zur HOAI, gegen die vor dem EuGH ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland anhängig ist.

3. Forderungen der AG Mittelstand an die neue Bundesregierung

Die zehn Verbände der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand (AG Mittelstand), darunter der BFB, haben am 25. April 2018 in Berlin ihren gemeinsam erarbeiteten [Jahresmittelstandsbericht 2018](#) bei einem Parlamentarischen Abend vorgestellt, der federführend vom Zentralverband des Deutschen Handwerks organisiert worden ist. Der Mittelstand sieht vielfältigen Handlungsbedarf für die neue Bundesregierung, um Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand nachhaltig zu sichern. Zu den Schwerpunkten zählen die Fachkräftesicherung, attraktive ländliche Räume, leistungsfähige Verkehrs- und Breitbandinfrastrukturen, ein international wettbewerbsfähiges Steuerrecht, faire Wettbewerbsbedingungen zwischen „analoger“ und „digitaler“ Wirtschaft, bezahlbare Energie, ein praxistauglicher Verbraucherschutz, der Zugang zu Krediten, weniger Bürokratie und ein starkes Europa. Die AG Mittelstand repräsentiert die rund 3,6 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen aus Handel, Handwerk, dem Dienstleistungssektor, Gastronomie und Hotellerie, den Freien Berufen und der Industrie sowie die Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

4. Daten in der Europäischen Union

Die Europäische Kommission hat am 25. April 2018 ein Maßnahmenpaket vorgelegt, um die Verfügbarkeit von Daten in der Europäischen Union (EU) zu verbessern. Die heutigen Vorschläge stützen sich auf die Datenschutz-Grundverordnung, die am 25. Mai 2018 in Kraft treten wird. So sollen Daten des öffentlichen Sektors zukünftig besser zugänglich gemacht [[COM\(2018\) 234 final](#)] und wissenschaftliche Daten stärker gemeinsam genutzt werden können [[C\(2018\) 2375](#)]. Ebenso soll die Verwendung von Daten des Privatsektors zwischen Unternehmen („B2B“) und zwischen Unternehmen und Behörden („B2G“) erleichtert werden [[COM\(2018\) 232 final](#)]. Außerdem hat die EU-Kommission einen Aktionsplan für den Umgang mit Gesundheitsdaten vorgestellt [[COM\(2018\) 233 final](#)]. Die heutigen Initiativen ergänzen den Rahmen für den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten in der EU, den die EU-Kommission am 19. September 2017 veröffentlicht hat.

5. Frühjahrsprojektion Bundesregierung

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat am 25. April 2018 die [Frühjahrsprojektion](#) der Bundesregierung vorgestellt. Demnach geht die Bundesregierung von einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,3 Prozent für das Jahr 2018 und von 2,1 Prozent für das Jahr 2019 aus. Die Beschäftigung soll bis zum Jahr 2019 um knapp eine Million Personen zunehmen und die Arbeitslosigkeit auf ein neues Allzeittief sinken. Die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion sind die Grundlage für die Steuerschätzung vom 9. bis 11. Mai 2018 und dienen der Aufstellung der öffentlichen Haushalte.

6. Kabinett beschließt Altersbezüge

Das Bundeskabinett hat am 25. April 2018 eine Rentensteigerung zum 1. Juli 2018 [beschlossen](#). Die Altersbezüge werden mit der Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2018 ([Rentenwertbestimmungsverordnung 2018](#) – RWBestV 2018) um 3,4 Prozent in den neuen und um 3,2 Prozent in den alten Bundesländern angehoben. Möglich werde die Erhöhung durch die gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und steigende Löhne, so die Bundesregierung. Die Löhne sind 2017 im Westen um 2,93 Prozent im Vergleich zu 2016 gestiegen. Im Osten waren es 3,06 Prozent.

7. Zwischenfazit Strategie „Europa 2020“: Mehr Erwerbstätige und tertiäre Abschlüsse

Im Jahr 2017 hat die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren in der Europäischen Union (EU) mit 72,2 Prozent höher gelegen als im Jahr 2016, als ein Wert von 71,1 Prozent verzeichnet worden ist. Für Deutschland werden 79,2 Prozent ausgewiesen. Das hat das statistische Amt der Europäischen Union, Eurostat, Ende vergangener Woche [bekannt gegeben](#). Ziel der Strategie „Europa 2020“ ist es, in der EU bis zum Jahr 2020 bei den 20- bis 64-Jährigen eine Erwerbstätigenquote von mindestens 75 Prozent im EU-Mittel zu erreichen. Der anvisierte Wert für Deutschland beträgt 77 Prozent. Der insgesamt zu verzeichnende Aufwärtstrend lässt sich sowohl für Männer mit 78 Prozent als auch für Frauen mit 66,5 Prozent erkennen, Deutschland erreicht 83,1 beziehungsweise 75,2 Prozent. Ein weiteres Ziel der Strategie „Europa 2020“ sieht vor, dass bis zum Jahr 2020 mindestens 40 Prozent der 30- bis 34-Jährigen in der EU über einen tertiären Abschluss verfügen sollen – der deutsche Zielwert wird mit 42 Prozent ausgewiesen und schließt post-sekundäre Abschlüsse ein. Hierzu hat Eurostat am 25. April 2018 ebenfalls Zahlen für das Jahr 2017 präsentiert: Dieser Anteil ist in der EU weiterhin gestiegen auf 39,9 Prozent. Frauen haben das „Europa 2020“-Ziel

mit 44,9 Prozent erreicht, Männer liegen mit 34,9 Prozent darunter. Deutschland erreicht im Schnitt 34,0 Prozent, bei den Männern 33,8 Prozent und bei den Frauen 34,2 Prozent.

8. Hochschulfinanzen im Jahr 2016

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Statistischen Bundesamts vom 25. April 2018 sind die Ausgaben der Hochschulen in Deutschland für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung im Jahr 2016 auf 52,1 Milliarden Euro angestiegen, ein Plus von vier Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der größte Ausgabeposten, wie in den Vorjahren, sind die Personalausgaben gewesen: 30 Milliarden Euro, die knapp 60 Prozent der Gesamtausgaben ausgemacht haben. Auf die Universitäten (ohne medizinische Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten) sind im Jahr 2016 Ausgaben in Höhe von 20,5 Milliarden Euro entfallen, ein Prozent mehr als im Jahr 2015. Die medizinischen Einrichtungen/Gesundheitswissenschaften der Universitäten haben für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung 24,2 Milliarden Euro (Plus sieben Prozent) aufgewendet. Ihre höheren Ausgaben haben die Hochschulen zu einem beträchtlichen Teil über höhere eigene Einnahmen finanzieren können. Die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit und Vermögen, die zu über 90 Prozent von medizinischen Einrichtungen als Entgelte für die Krankenbehandlung erwirtschaftet worden sind, haben sich auf 18,2 Milliarden Euro belaufen. Die Einnahmen der Hochschulen aus Beiträgen der Studierenden haben im 2016 1,2 Milliarden Euro betragen, ein Plus von sieben Prozent.

9. BMWi stärkt Patentschutz

Anlässlich des Welttags des geistigen Eigentums am 26. April baut das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sein Patentförderprogramm „[WIPANO – Wissens- und Technologietransfer durch Patente und Normen](#)“ für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus. Ab sofort können auch Patentrechtsschutzversicherungen gefördert werden.

10. Vorbereitungsphase für Gründerwoche 2018 gestartet

Als Teil der internationalen Global Entrepreneurship Week findet die nächste Gründerwoche Deutschland vom 12. bis 18. November 2018 statt. Ziel ist es, innovative und kreative Ideen umzusetzen, mehr über die berufliche Selbstständigkeit zu erfahren oder auch ein Start-up zu gründen. Unter dem Dach der Gründerwoche Deutschland können kostenlose Veranstaltungen wie Workshops, Seminare und Wettbewerbe angeboten werden. Interessenten, die im Rahmen der Gründerwoche eine Veranstaltung anbieten möchten, finden jetzt auf der [Website](#) der Gründerwoche weitere Informationen und hilfreiches Material.